

Antrag

der Abg. Dr. Bernhard Lasotta u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Integration

Bevorzugung und Benachteiligung bestimmter Medien durch die Pressearbeit der Landesregierung?

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob und inwiefern es zutrifft, dass das Ministerium für Integration Änderungen bei der Ausführung des Staatsangehörigkeitsrechts, die durch allgemeine Pressemitteilung am 7. Februar 2012 der Öffentlichkeit mitgeteilt wurden, bereits zuvor an bestimmte Medien mitgeteilt hat (mit Angabe der Art und des Datums der Mitteilung, der Sprache, in der die Mitteilung abgefasst war und der Medien, an welche die Mitteilung erfolgt ist);
2. warum – falls Ziffer 1. bejaht wird – das Ministerium für Integration diese Verfahrensweise gewählt hat;
3. nach welchen Kriterien – falls Ziffer 1. bejaht wird – die Auswahl der bevorzugt informierten Medien getroffen wurde;
4. ob und inwiefern – falls Ziffer 1. bejaht wird – das Ministerium für Integration diese Verfahrensweise auch in Zukunft anwenden möchte;
5. was – falls Ziffer 1. bejaht wird – der Inhalt der Pressemitteilung vom 2. Februar 2012 war (mit Wiedergabe des Wortlauts);
6. falls Ziffer 1. bejaht wird und zu Ziffer 5. ein von der Pressemitteilung vom 7. Februar 2012 abweichender Text angegeben wird, weshalb die Pressemitteilungen voneinander abweichen;

7. wie – falls Ziffer 1. bejaht wird – sie die gestaffelte Herausgabe von Informationen an Presseorgane konkret rechtlich beurteilt, insbesondere ob und inwiefern diese Vorgehensweise mit den rechtlichen Vorgaben in Einklang stehen, welche an die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung allgemein zu richten sind.

22.03.2012

Dr. Lasotta, Deuschle, Gurr-Hirsch,
Paal, Viktoria Schmid, Teufel CDU

Begründung

Am Dienstag den 7. Februar 2012 gab das Ministerium für Integration unter dem Titel „Ministerium für Integration erleichtert Einbürgerungen“ eine Pressemitteilung heraus, in der Änderungen bei Durchführung des Staatsangehörigkeitsrechts thematisiert wurden. Die Pressemitteilung wurde am folgenden Tag von der Tagespresse weithin aufgegriffen.

Bereits am Freitag den 3. Februar 2012 berichtete das Online-Nachrichtenmagazin „*deutsch-tuerkische-nachrichten.de*“ über die Änderungen bei der Durchführung des Staatsangehörigkeitsrechts u. a. mit folgendem Wortlaut:

„Integrationsministerin von Baden-Württemberg, Bilkay Öney, hat überraschende Änderungen für die Erlangung des deutschen Passes für Türken verkündet. ‚Ich habe dafür gesorgt, dass die Staatsbürger-Regelung auf Landesebene liberalisiert wird. In Ausnahmefällen wird die doppelte Staatsbürgerschaft genehmigt. In Zukunft können diejenigen, die ihren Wehrdienst nicht geleistet haben und einen Antrag auf Einbürgerung gestellt haben, aber aufgrund der Wehrpflicht nicht aus der türkischen Staatsangehörigkeit entlassen werden, legal zwei Pässe besitzen‘, heißt es in ihrer Pressemitteilung von Donnerstag [...]“

Die Bezugnahme auf eine Pressemitteilung des Ministeriums für Integration vom Donnerstag (2. Februar 2012) wirft die Frage auf, ob das Ministerium im Hinblick auf die Mitteilung bestimmter Umstände eine zeitversetzte Kommunikation gegenüber verschiedenen Medien betreibt. Dies ist insbesondere deshalb von Bedeutung, da die mutmaßliche Pressemitteilung vom 2. Februar 2012 ihrem Inhalt nach von derjenigen am 7. Februar 2012 abzuweichen scheint. Mit vorliegendem Antrag soll aufgeklärt werden, was gegebenenfalls die Gründe für ein solches Kommunikationsverhalten waren. Unter integrationspolitischen Gesichtspunkten kann nämlich die Schaffung und Unterstützung einer „Parallelöffentlichkeit“ durch staatliche Stellen nicht hingenommen werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 3. April 2012 Nr. Z-01411.5 nimmt das Integrationsministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

- 1. ob und inwiefern es zutrifft, dass das Ministerium für Integration Änderungen bei der Ausführung des Staatsangehörigkeitsrechts, die durch allgemeine Pressemitteilung am 7. Februar 2012 der Öffentlichkeit mitgeteilt wurden, bereits zuvor an bestimmte Medien mitgeteilt hat (mit Angabe der Art und des Datums der Mitteilung, der Sprache, in der die Mitteilung abgefasst war und der Medien, an welche die Mitteilung erfolgt ist);*
- 2. warum – falls Ziffer 1. bejaht wird – das Ministerium für Integration diese Verfahrensweise gewählt hat;*

Zu 1. und 2.:

Das Ministerium für Integration hat bei der Landespressekonferenz am 30. Januar 2012 zu den Arbeitsschwerpunkten 2012 auch über die geänderte Verwaltungspraxis im Staatsangehörigkeitsrecht informiert und unter anderem darauf hingewiesen, dass in den Fällen, in denen dies rechtlich möglich ist, Mehrstaatigkeit hingenommen wird und die Einbürgerung für ältere Menschen, die schon länger in Deutschland leben, erleichtert wird. Die Medien haben das Thema der erleichterten Einbürgerung in ihrer anschließenden Berichterstattung aufgegriffen, so zum Beispiel die Eßlinger Zeitung und die Stuttgarter Zeitung.

Aufgrund anschließender Nachfragen und in Anbetracht des Umstands, dass insbesondere in Baden-Württemberg lebende türkische Staatsangehörige von den Änderungen der Verwaltungspraxis betroffen sind, informierte das Ministerium für Integration türkischsprachige Medien über die Änderungen.

- 3. nach welchen Kriterien – falls Ziffer 1. bejaht wird – die Auswahl der bevorzugt informierten Medien getroffen wurde;*
- 4. ob und inwiefern – falls Ziffer 1. bejaht wird – das Ministerium für Integration diese Verfahrensweise auch in Zukunft anwenden möchte;*

Zu 3. und 4.:

Der Vorwurf einer bevorzugten Information von Medien trifft ebenso wenig zu wie die in der Antragsbegründung erwähnte Schaffung und Unterstützung einer „Parallelöffentlichkeit“.

Das Ministerium für Integration hat neben den Mitgliedern der Landespressekonferenz auch Journalisten fremdsprachiger Medien zur Pressekonferenz am 30. Januar 2012 eingeladen. Die entsprechende Pressemitteilung wurde über den Presseverteiler des Ministeriums versandt, dem die Journalisten der Landespressekonferenz sowie weitere Journalisten, Politiker und Vertreter von Verbänden, Vereinen und Institutionen angehören. Für eine Änderung der Verfahrensweise besteht kein Anlass.

- 5. was – falls Ziffer 1. bejaht wird – der Inhalt der Pressemitteilung vom 2. Februar 2012 war (mit Wiedergabe des Wortlauts);*
- 6. falls Ziffer 1. bejaht wird und zu Ziffer 5. ein von der Pressemitteilung vom 7. Februar 2012 abweichender Text angegeben wird, weshalb die Pressemitteilungen voneinander abweichen;*

Zu 5. und 6.:

Auf die Anlage wird verwiesen. Die Pressemitteilung vom 2. Februar 2012 erfolgte im Anschluss an die Landespressekonferenz vom 30. Januar 2012 und gibt deren Inhalt bezogen auf das Staatsangehörigkeitsrecht wider. Mit der Pressemitteilung vom 7. Februar 2012 erfolgten weitere Informationen.

7. wie – falls Ziffer 1. bejaht wird – sie die gestaffelte Herausgabe von Informationen an Presseorgane konkret rechtlich beurteilt, insbesondere ob und inwiefern diese Vorgehensweise mit den rechtlichen Vorgaben in Einklang stehen, welche an die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung allgemein zu richten sind.

Zu 7.:

Auf die Stellungnahmen zu 1. bis 6. wird verwiesen. Das Ministerium für Integration ist damit dem Informationsrecht der Presse nach § 4 Abs. 1 des Landespressegesetzes nachgekommen.

Öney

Ministerin für Integration

Anlage**Die Anwendungspraxis zur Mehrstaatigkeit in Baden-Württemberg**

Bilkay Öney, Ministerin für Integration des Landes Baden-Württemberg, hat neue Erlasse unterzeichnet.

Das Staatsangehörigkeitsrecht wurde mit Gründung des Ministeriums für Integration unter Bilkay Öney dem Ministerium zugeordnet. Im Fall der doppelten Staatsbürgerschaft hat man nun in Baden-Württemberg die möglichen Erleichterungen im Rahmen der nationalen Gesetze umgesetzt. Mitbürger in Baden-Württemberg, welche aufgrund Ihres Wehrdienstes nicht aus der türkischen Staatsbürgerschaft entlassen werden, können auf legalem Weg die doppelte Staatsbürgerschaft erlangen. Bilkay Öney hat sich zu diesem Thema wie folgt geäußert:

„Wir haben für die doppelte Staatsbürgerschaft die politisch notwendigen Schritte eingeleitet. Da das Staatsangehörigkeitsrecht allerdings Bundesrecht ist und wir auf Bundesebene keine Möglichkeit haben, die Regierung in dieser Sache zu beeinflussen, haben wir es noch nicht geschafft, die nationale Gesetzgebung zu ändern. Allerdings hat das Ministerium die Einbürgerungspraxis des Landes so geändert, dass in Ausnahmefällen die doppelte Staatsbürgerschaft anerkannt wird. In Zukunft können diejenigen, die ihren Wehrdienst nicht abgeleistet haben und einen Antrag auf Einbürgerung gestellt haben, aber aufgrund der Wehrpflicht nicht aus der türkischen Staatsangehörigkeit entlassen werden, legal zwei Pässe erhalten. Für diese Fälle ist nun vorgesehen, dass die doppelte Staatsbürgerschaft anerkannt wird.

Bei älteren Menschen haben wir bei der Ermessenseinbürgerung die schriftliche Sprachprüfung abgeschafft.

Ich hoffe, dass die türkischen Bürger von diesen Erleichterungen Gebrauch machen und empfehle ihnen, falls es Probleme geben sollte, sich an uns zu wenden. Da die Angleichung (zum Bundesgesetz) durch mein Haus für Baden-Württemberg erarbeitet worden ist, hat sie auch nur in Baden-Württemberg Geltung.

Ich hoffe, dass weitere Bundesländer sich ein Beispiel an diesen Erlassen nehmen und diese ebenfalls in Ihren Ländern umsetzen.“